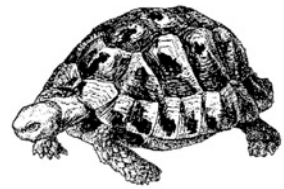


express

Zeitung für sozialistische
Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit



Labour

Germany

Mehrheit wählt rechts, Linke bleibt außen vor

Die AG Wahlbeobachtung* zu den Landtagswahlen in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz

In: *express* 4/2026

Die Landtagswahlen im März waren ein erster Stimmungstest für das Wahljahr 2026. Und dieser fiel beunruhigend aus. Die politische Drift nach rechts setzte sich weiter fort. Sowohl in Baden-Württemberg als auch in Rheinland-Pfalz verfügen Union und AfD inzwischen über eine deutliche parlamentarische Mehrheit. Noch hält die mancherorts in Frage gestellte und im EU-Parlament längst geschliffene »Brandmauer«. Wohl auch deshalb, weil die CDU in Baden-Württemberg mit sechs Fachministerien weiter mitregieren und in Rheinland-Pfalz nun sogar den Ministerpräsidenten stellen kann, die Konservativen somit vorerst versorgt sind.

Die hilflosen Versuche von CDU und SPD, der AfD dadurch zu begegnen, dass sie selbst in der Migrations-, Kultur- und Sozialpolitik immer weiter nach rechts rücken, bestärken nur das Gefühl unter deren Anhänger:innen, dass AfD-Wählen wirkt. Ihr bisher bestes Wahlergebnis in einem westlichen Bundesland erzielte die AfD nicht zufällig in Rheinland-Pfalz, das wie kaum ein anderes für die alte Bundesrepublik steht. Hier konnten die beiden traditionellen Volksparteien zusammen noch immer gut 60 Prozent der Wähler:innen versammeln.

Links der CDU wenig Linke

Während die Stimmenanteile und die Positionen nach rechts strömen, ist dort, wo man die gesellschaftliche Linke vermutet, Ebbe. Die Zeiten, in denen die Grünen umstandslos zur Linken gezählt werden konnten, sind lange vorbei. Sie haben die FDP als Funktionspartei beerbt und sind, bei scharfer Abgrenzung von der AfD, allseits koalitionsfähig. Sie verstehen sich als liberal-ökologische, aber wirtschaftsfreundliche Partei der Mitte mit links-kulturellem Habitus.

In ihrem realpolitischen Stammland Baden-Württemberg gelang es den Grünen seit 2011, dank eines landesväterlichen Personalaufgebots, neben der CDU zur »Volkspartei« zu werden. Sie sind im »Ländle« nicht nur ein Wahlangebot für Merkel-Fans und gemäßigte Konservative, sondern auch für Sozialliberale und Teile der Lohnabhängigen, die früher einmal eine SPD-Bindung hatten. Was den Grünen am 8. März zum knappen Wahlsieg verhalf, waren Wähler:innen, die bei der Bundestagswahl nicht für sie gestimmt hatten, das Auftreten des CDU-Spitzenkandidaten Manuel Hagel aber so unmöglich fanden, dass es für sie den Ausschlag gab, wer die absehbare Koalition anführen wird.

Die Stimmen für Cem Özdemir verursachten jedoch zwei Kollateralschäden. Zum einen schrappte die SPD nur knapp am parlamentarischen Aus vorbei. Die Partei hat in Baden-Württemberg offensichtlich selbst in den Industriestädten keine stabile soziale Basis mehr. Ein Teil ihrer ehemaligen Stammwähler:innen ist zu den Grünen, ein anderer zur Union oder der AfD übergelaufen. Die Anrufung der »hart arbeitenden Mitte«, von »Normalität«, Fleiß und Wachstum, in die sich die SPD nach verlorenen Wahlen regelmäßig flüchtet, ist dabei Teil des Problems. In diesem Tenor hat sich Lars Klingbeil bei der Bertelsmann-Stiftung zum Motto »Wie modernisieren wir Deutschland?« am 25. März ausgelassen.

Gleichwohl wurde die SPD mit 5,5 Prozent unter Wert geschlagen, wie sich in Rheinland-Pfalz zeigte, wo sie zwar auch deutlich verlor, aber mit knapp 26 Prozent immerhin acht Prozentpunkte über ihrem dortigen Bundestagswahlergebnis lag. Der Niedergang der SPD ist kein Grund zur Schadenfreude. Die Auflösung sozialdemokratisch geprägter Lebenswelten in Westdeutschland schafft keinen Raum für linke Alternativen, im Gegenteil.

Zweimal gescheitert

Der zweite Kollateralschaden von Özdemirs Erfolg war das Scheitern der Linkspartei an der Fünfprozenthürde in Baden-Württemberg. Dies allein auf die personelle Zuspitzung des Wahlkampfes zurückzuführen, wie es einige in der Linken nun tun, ist verkürzt. Gegenüber der Bundestagswahl, und dies muss für die Linke der Maßstab sein, hat die Partei in Baden-Württemberg 195.000 Stimmen verloren. 33.000 dieser Wähler:innen hätten gereicht, um es ins Parlament zu schaffen.

Dass die Wahl auf ein Duell Özdemir-Hagel hinauslaufen würde, war absehbar. Dennoch blieb eine wirksame Kampagne aus, die betont hätte, warum es trotz dessen auf Stimmen für die Linke ankommt. Und obwohl die Wahl am Internationalen Frauentag stattfand, fehlten entsprechende Plakate mit dem weiblichen Spitzentrio.

Gebundet von ihrer stark gestiegenen Mitgliederzahl glaubte die Linke zudem, ihr in den Berliner Direktwahlkreisen erfolgreiches Wahlkampfmodell auf ein Flächenland übertragen zu können. Dafür fehlte jedoch die breite lokale Basis. Der Haustürwahlkampf band viele Kräfte und blieb am Ende doch nur ein Tropfen auf den heißen Stein.

Die Linke war 2025 auch deshalb erfolgreich, weil sie als einzige offensive Gegenmacht zur AfD wahrgenommen wurde. Heidi Reichinneys Bundestagsrede hatte der Partei nicht nur ungekannte Sympathien, sondern auch eine flächendeckende Medienresonanz beschert. Eine vergleichbare Strahlkraft konnte sie bei den Landtagswahlen zu keinem Zeitpunkt entfalten. Konnte die Linke 2025 viele Stimmen aus dem progressiven Teil des grünen Milieus gewinnen, so zeigte sich jetzt, dass dies noch keine Bindung bedeutet. Zu viele dieser Wähler:innen sahen nun in einem konservativen Grünen die wahlentscheidende Alternative – manche vielleicht auch in der irrigen Annahme, am Ende würde es für die Linke eh reichen.

Nicht besser als in Baden-Württemberg lief es für die Linke in Rheinland-Pfalz. Das schlechte Abschneiden in den Flächenländern erklärt sich unter anderem daraus, dass die Bundesrepublik nicht nur aus Groß- und Universitätsstädten besteht, sondern überwiegend kleinstädtisch und ländlich geprägt ist. Die Linke tut sich hier schwer. Während sie in Städten mit mehr als 100.000 Einwohner:innen in Baden-Württemberg acht, in Rheinland-Pfalz sogar neun Prozent der Stimmen erzielte, reichte es in den Gemeinden unter 5.000 Einwohner:innen jeweils nur zu drei Prozent. Produktionsarbeiter:innen und Soloselbständige – die stärker rechts wählen als andere Berufsgruppen – wohnen mit einem Anteil von 50 Prozent in Orten mit weniger als 20.000 Einwohner:innen und mit einem Anteil von 20 Prozent in Orten mit weniger als 5.000 Einwohner:innen (siehe Engels u.a. 2024).

Es geht nicht darum, der kleinstädtischen Bevölkerung irgendwelche Eigenschaften naturalistisch zuzuschreiben – sondern um die gar nicht so neue Erkenntnis, dass sich soziale Verhältnisse auch in räumlichen Unterschieden abbilden. Das gilt ebenso für die politische Verfassung und Ausdifferenzierung der lohnabhängigen Klassen.

Gewerkschaftsmitglieder leider im Trend

Gewerkschaftsmitglieder sind keine starke Wähler:innengruppe mehr. Bei der Landtagswahl in Baden-Württemberg gaben bei den Nachwahlbefragungen der »Forschungsgruppe Wahlen« 13 Prozent der Wähler:innen an, Mitglied einer Gewerkschaft zu sein, in Rheinland-Pfalz waren es 15 Prozent (gezählt werden hier alle Gewerkschaften – DGB, Beamtenbund und andere).

Beim Blick auf das Wahlverhalten der Gewerkschaftsmitglieder bei den letzten Landtagswahlen bestätigt sich, dass sie im Allgemeinen den gesellschaftlichen Trends folgen (siehe Tabelle 1). Die einstige Hegemonie der SPD unter den Gewerkschaftsmitgliedern ist seit langem Geschichte. Zwar schneidet sie noch immer etwas überdurchschnittlich ab, stärkste Partei

ist sie aber nur in Rheinland-Pfalz. In Baden-Württemberg liegen klar die Grünen vorn. Ginge es nur nach den Gewerkschaftsmitgliedern, wäre immerhin die Linke in beiden Landesparlamenten vertreten. Allein: Diese Gruppe ist klein und auch ihr Zuspruch zu gering, um den Ausschlag zu geben.

Sehr beunruhigend ist seit langem das überdurchschnittliche Abschneiden der AfD unter den Gewerkschaftsmitgliedern. Interessant ist dabei im Rückblick: Als der Zuspruch für die AfD 2021 gegenüber den Wahlen von 2016 zurückging, war das leider keine Trendumkehr. Die Stimmenanteile für die AfD haben enorm zugenommen, was sich bereits bei der Bundestagswahl 2025 abzeichnete. Alle Bemühungen der DGB-Gewerkschaften, aber auch der diversen Antifa-Initiativen, die AfD an den Wahlurnen aufzuhalten, haben sich bisher als Schlag ins Wasser erwiesen.

»Arbeiter« und »Angestellte«, Frauen und Männer

In den Nachwahlbefragungen der Forschungsgruppe Wahlen werden alle Befragten, ob berufstätig oder nicht, gebeten, sich selbst einer »Berufsgruppe« zuzuordnen. Angeboten werden »Arbeiter«, »Angestellte«, »Beamte« und »Selbständige«. Der Anteil der Wähler:innen, die sich selbst als »Arbeiter« bezeichneten, lag in Baden-Württemberg bei 22, in Rheinland-Pfalz bei 24 Prozent (»Angestellte« wählten 48 respektive 46 Prozent aller Wähler:innen). Der Wähler:innenanteil der gewerkschaftlich organisierten »Arbeiter« lag in beiden Bundesländern bei fünf Prozent, der Anteil der organisierten »Angestellten« in Baden-Württemberg bei fünf, in Rheinland-Pfalz bei sieben Prozent.

Seit langem ist in der Beschäftigtengruppe der »Arbeiter« die Drift nach Rechtsaußen besonders ausgeprägt (siehe Tabelle 2). Viele Arbeiter:innen können jedoch mangels deutschem Pass gar nicht wählen und ca. 40 Prozent der Produktions- bzw. »einfachen« Dienstleistungsarbeiter:innen nehmen regelmäßig nicht an Wahlen teil (Biskamp 2020, S. 4). Dies bedeutet aber umgekehrt: Wer von den wahlberechtigten Arbeiter:innen für die AfD stimmt, tut dies bewusst. Die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter:innen in Baden-Württemberg wählten zu mehr als 61 Prozent »mitte-rechts« (CDU oder FDP) und rechtsextrem (AFD), in Rheinland-Pfalz waren es immerhin 49 Prozent.

Auch diesmal zeigte sich wieder: Frauen wählen deutlich seltener als Männer die AfD. In Baden-Württemberg betrug der Unterschied sechs Prozentpunkte (16 zu 22 Prozent), in Rheinland-Pfalz sieben (16 zu 23 Prozent).

Noch deutlicher sind die Unterschiede zwischen den Geschlechtern bei den Gewerkschaftsmitgliedern (siehe Tabelle 3). Allerdings haben im Vergleich zur Landtagswahl 2021 viel mehr Frauen für die AfD gestimmt – eine Entwicklung, die sich bereits bei der letztjährigen Bundestagswahl angedeutet hatte.

Was macht eigentlich der DGB?

Der DGB, aber auch die IG Metall und ver.di, ducken sich weg. Die Ergebnisse der Nachwahlbefragungen, die sehr detailliert vorliegen, werden vom DGB seit Jahren weder vollständig veröffentlicht noch kommentiert. Von den Gewerkschaften wünschen wir uns, dass die Verschiebungen in den politischen Haltungen bei organisierten und nicht-organisierten Lohnabhängigen nicht peinlich berührt beschwiegen, sondern besprochen und diskutiert werden.

Wir halten an der Einschätzung fest, dass die Erfahrung demokratischer Mitgestaltung in Gemeinde, Betrieb und Gewerkschaft zwar nicht völlig gegen rechte Vorstellungen immunisiert, aber widerstandsfähiger gegen autoritäre Anrufungen macht. Bei den Landtagswahlen im März haben Gewerkschaftsmitglieder erneut häufiger als Nichtmitglieder AfD gewählt. Vielleicht ist eine Erklärung dafür, dass Gewerkschaften neben vielem anderen auch Resonanzräume für autoritäre Vereinfachungen in Sprache und Argumentation sein können? Dass sie Verstärker für nationalistische Affekte sein können, wenn sie ihren Fokus auf den Standort und die nationale Wettbewerbsfähigkeit legen? Wenn dem so sein sollte, dann gäbe es ja etwas Naheliegendes zu verändern.

** Die AG Wahlbeobachtung kommentiert die Wahlergebnisse in der Bundesrepublik. Sie fragt*

sich, was Arbeiter:innen und Gewerkschafter:innen wählen – und warum.

Literatur:

Floris Biskamp: *Die Arbeiter:innen, der Autoritarismus und die AfD*, 2020, online unter: floriskamp.com/2020/02/02/die-arbeiter_innen-der-autoritarismus-und-die-afd

Jan Niklas Engels u.a.: *Wie viel Klasse steckt in der Mitte? Erwerbsklassen und ihr Blick auf Arbeit, Gesellschaft und Politik*, Friedrich Ebert Stiftung 2024, online unter: <https://collections.fes.de/publikationen/ident/fes/21171>

Tabelle 1: Zweitstimmenanteil der Gewerkschaftsmitglieder in Baden-Württemberg (BW) und Rheinland-Pfalz (RP) in Prozent (in Klammern Gesamtwahlergebnis in Prozent)

| | SPD | Linke | Grüne | CDU | FDP | AfD |
|----------------|------------------|----------------|------------------|------------------|----------------|------------------|
| BW 2026 | 8 (5,5) | 7 (4,4) | 29 (30,2) | 23 (29,7) | 3 (4,4) | 24 (18,8) |
| BW 2021 | 16 (11,0) | 5 (3,6) | 31 (32,6) | 20 (24,1) | 7 (10,4) | 12 (9,7) |
| BW 2016 | 21 (12,7) | 5 (2,9) | 29 (30,3) | 21 (27,0) | 5 (8,3) | 16 (15,1) |
| RP 2026 | 32 (25,9) | 6 (4,4) | 7 (7,9) | 21 (31,0) | 1 (2,1) | 23 (19,5) |
| RP 2021 | 43 (35,7) | 3 (2,5) | 6 (9,3) | 24 (27,7) | 5 (5,5) | 9 (8,3) |
| RP 2016 | 43 (36,2) | 3 (2,8) | 5 (5,3) | 24 (31,8) | 3 (6,2) | 14 (12,6) |

Quellen: Konrad-Adenauer-Stiftung, DGB einblick, Wahltagsbefragung FG Wahlen

Tabelle 2: Wahlverhalten von Berufsgruppen (inklusive Rentner:innen und Erwerbslose), alle und Gewerkschaftsmitglieder, in Prozent

| | SPD | Linke | Grüne | CDU | FDP | AfD |
|----------------------|-----|-------|-------|-----|-----|-----|
| BW 2026 | | | | | | |
| »Arbeiter« | 7 | 4 | 18 | 29 | 4 | 30 |
| »Arbeiter« (Gew.) | 9 | 6 | 16 | 23 | 2 | 36 |
| »Angestellte« | 5 | 4 | 34 | 30 | 4 | 16 |
| »Angestellte« (Gew.) | 10 | 8 | 32 | 21 | 3 | 18 |
| RP 2026 | | | | | | |
| »Arbeiter« | 25 | 5 | 4 | 26 | 2 | 29 |
| »Arbeiter« (Gew.) | 31 | 5 | 5 | 16 | 1 | 32 |
| »Angestellte« | 27 | 5 | 9 | 28 | 2 | 19 |
| »Angestellte«(Gew.) | 31 | 7 | 7 | 22 | 1 | 21 |

Quelle: Wahltagsbefragung FG Wahlen; Berufsgruppen laut Selbsteinschätzung der Befragten

Tabelle 3: Wahlverhalten der Gewerkschaftsmitglieder, Frauen und Männer, in Prozent

| | SPD | Linke | Grüne | CDU | FDP | AfD |
|----------------|-----|-------|-------|-----|-----|-----|
| BW 2026 | | | | | | |
| Frauen | 8 | 8 | 39 | 17 | 3 | 16 |
| Männer | 8 | 5 | 23 | 26 | 3 | 29 |
| BW 2021 | | | | | | |
| Frauen | 19 | 5 | 36 | 15 | 7 | 5 |
| Männer | 14 | 5 | 28 | 23 | 6 | 16 |
| RP 2026 | | | | | | |
| Frauen | 34 | 9 | 7 | 20 | 1 | 16 |
| Männer | 30 | 5 | 7 | 21 | 1 | 27 |
| RP 2021 | | | | | | |
| Frauen | 42 | 3 | 8 | 24 | 5 | 4 |
| Männer | 43 | 3 | 5 | 24 | 5 | 11 |

Quelle: Wahltagsbefragung FG Wahlen

express im Netz und Bezug unter: www.express-afp.info
 Email: express-afp@online.de

express / AFP e.V., Niddastraße 64, VH, 4. OG, 60329 Frankfurt a.M.

Bankverbindung für Spenden und Zahlungen:
 AFP, Sparda-Bank Hessen eG, IBAN: DE28 5009 0500 0003 9500 37, BIC: GENODEF1S12